



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stefan Liebich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Michaelis
Staatssekretär

Berlin, den **01. Nov. 2018**

Schriftliche Fragen für den Monat Oktober 2018
Fragen Nr. 10-334 bis 336

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Fragen:

*Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem aktuellen Report von Human Rights Watch (HRW) bezüglich Verhaftungen und Folterungen von Journalist*innen, Blogger*innen und Kritikern der Palästinensischen Autonomiebehörde und Hamas (Quellen: <https://www.hrw.org/news/2018/10/23/palestine-authorities-crush-dissent>, <https://www.hrw.org/report/2018/10/23/two-authorities-one-way-zero-dissent/arbitrary-arrest-and-torture-under> und <https://www.hrw.org/report/2018/10/23/two-authorities-one-way-zero-dissent/arbitrary-arrest-and-torture-under>)?*

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von HRW, und in welcher Form kommt dies im Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Sprache?

beantworte ich gemeinsam wie folgt:

Die Bundesregierung nimmt die von Human Rights Watch erhobenen Vorwürfe sehr ernst. Die Schlussfolgerungen des nun vorgelegten Berichts decken sich mit der Einschätzung der Bundesregierung, dass Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in den Palästinensischen Gebieten zunehmend unter Druck geraten. Sie nimmt den

Bericht zum Anlass, die Palästinensische Behörde erneut und verstärkt an ihre internationalen Verpflichtungen zu erinnern, die sich unter anderem aus den palästinensischen Beitritten zum Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Anti-Folter-Konvention) samt ihres Fakultativprotokolls („Optional Protocol to the Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment“, OPCAT) ergeben.

Ihre weitere Frage:

Welche Möglichkeiten der Einflussnahme hat und nutzt die Bundesregierung, um die Verhältnisse der betroffenen Menschen zu verbessern?

beantworte ich wie folgt:

Im Gespräch mit der Palästinensischen Behörde drängt die Bundesregierung regelmäßig auf die Einhaltung grundlegender Menschenrechte wie der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. In Einzelfällen setzt sie sich für die Freilassung und Wahrung der Grundrechte von unrechtmäßig Inhaftierten ein.

Die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stellt außerdem einen der Schwerpunkte der deutschen-palästinensischen Polizeizusammenarbeit und der Unterstützung der Bundesregierung für die palästinensische Zivilpolizei dar. Die Vorwürfe des Berichts richten sich dagegen vor allem gegen jene palästinensischen Sicherheitsbehörden, mit denen die Bundesregierung nicht strukturell zusammenarbeitet. Zudem unterstützt die Bundesregierung die Palästinensische Behörde bei der Entwicklung eines Nationalen Präventionsmechanismus zu Folter im Rahmen des Fakultativprotokolls zur Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen.

Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Arbeit der friedensorientierten Zivilgesellschaft in den Palästinensischen Gebieten. Sie trägt damit dazu bei, Handlungsräume für demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

